

Änderungsantrag

des Abgeordneten Weiss (München) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
— Sammelübersicht 111 zu Petitionen —
— Drucksache 11/4386 —

Der Bundestag wolle beschließen,
die Petition 1-11-18-7520-15916

- a) der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit ein Baustopp für die WAA Wackersdorf gefordert wird bis zu einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über die erteilte erste atomrechtliche Teilgenehmigung,
- b) den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, soweit die Durchführung einer parlamentarischen Anhörung über die Risiken der atomaren Wiederaufarbeitungstechnik gefordert wird.

Bonn, den 9. Mai 1989

Weiss (München)

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Der im Juli/August 1988 durchgeführte 2. Erörterungstermin für die WAA Wackersdorf hat gezeigt, daß eine Wiederaufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe in der Oberpfalz nicht sicher und schadlos durchgeführt werden kann. Es ist deshalb davon auszugehen, daß die erteilte Teilgenehmigung gerichtlich aufgehoben werden wird. Daher ist ein Baustopp zum jetzigen Zeitpunkt angemessen.

